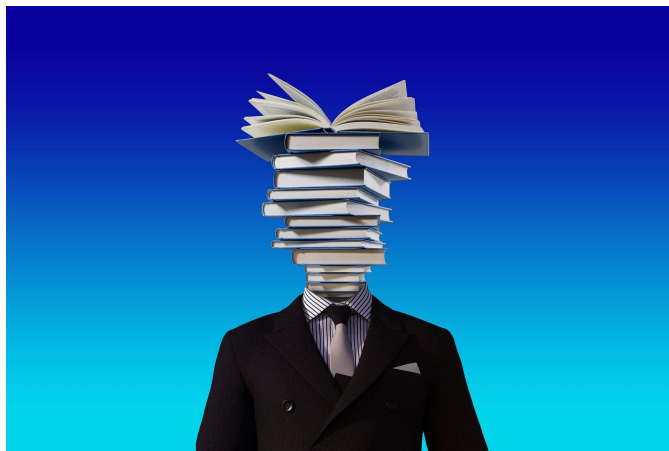


Bundesregierung und EU treiben Energiekosten in die Höhe

[NAEB-Mitglied werden und NAEB-Rundbrief per E-Mail empfangen \[2\]](#)
NAEB 2320 am 16.10.2023

Trotz teurer und knapper Energie sowie Abwanderung der Industrie wird die preistreibende und energievernichtende Energiewende im Namen der Weltklimaretterung weitergetrieben.

Inzwischen sollte jedem klar geworden sein, der kritisch die Energiewende hinterfragt, dass sie mit jedem Schritt teurer wird. Sie kostet zunehmende Subventionen. Doch woher soll das Geld kommen, wenn durch die hohen Energiekosten die Wirtschaft ihre Wettbewerbsfähigkeit verliert und die Einkommen sinken? BP und Total haben daher ihre Pläne, mehr als 1.000 Windkraftanlagen in der Ost- und Nordsee zu bauen, auf Eis gelegt. Gleiches geschieht in England und an der Ostküste der USA. Die Investoren befürchten offensichtlich hohe Verluste, wenn keine staatlichen Subventionen mehr gezahlt werden können.



Verköpft durch Lügen wie gedruckt [1]

Energiewendegesetze verstoßen gegen physikalische Gesetze

Doch die EU und die Bundesregierung treiben die Energiewende weiter. Gesetze dazu werden von den rotgrünen Abgeordneten mit Hilfe der FDP gebilligt, selbst wenn sie gegen elementare physikalische Gesetze verstoßen. Das heißt, sie sind undurchführbar, auch wenn dafür beliebig viele Subventionen winken. Die Energieversorgung mit Wasserstoff ist dafür ein herausragendes Beispiel.

Das Heizungsgesetz spart weder Energie noch Kosten

Auch das Gebäude-Energien-Gesetz (GEG), besser bekannt als Heizungsgesetz, gehört dazu. Hauseigentümer sollen die Heizungen auf Wärmepumpen umstellen und die Außenwände stärker isolieren. Für die vom Gesetz geforderten Umbauten werden weitgehend Kohlenwasserstoffbrennstoffe, vorwiegend Erdöl zum Antrieb von Maschinen und Steinkohle für die Metallherstellung, gebraucht. Nach frühestens zehn Jahren kann eine Energieersparnis erwartet werden. Bis dahin wird durch das Heizungsgesetz mehr Energie verbraucht.

Bei den Kosten sieht es noch schlimmer aus. Die Umbaukosten von über 50.000 Euro pro Wohnung sind erst nach 50 Jahren durch die Heizkostenersparnis bezahlt. Rechnet man Zinsen dazu, ist eine Abzahlung unmöglich. Das heißt, wirtschaftlich wird der Wohnungseigentümer enteignet. Das Heizungsgesetz soll nach massiven Protesten in Teilen erst später in Kraft treten. Doch von einer Änderung oder gar Aufhebung ist immer noch keine Rede.

Erhöhte Autobahnmaut verteuert Lebensmittel

Die Verdopplung der Autobahnmaut und Ausdehnung auf Lastwagen ab 3,5 Tonnen bei gleichzeitiger Erhöhung der CO₂-Steuer auf Treibstoffe um 10 auf 40 Euro/Tonne CO₂ in 2024 führt zu einer empfindlichen Verteuerung der Transportkosten. Die Preise für Lebensmittel dürften um 10 % steigen. Die weitere Verteuerung wird viele Unternehmen zum Aufgeben zwingen. In Frankreich würden solche Verordnungen zum Blockieren aller Fernstraßen mit Lkw führen. Wird in der BRD ebenfalls protestiert werden?

CO₂-Bepreisung und Energiewende verdoppeln Stromkosten

Ganz schlimme Wirkung hat die CO₂-Bepreisung. Nach den Vorstellungen der grünen Gutmenschen sollen dadurch Kohlenwasserstoffbrennstoffe unbezahlbar werden. Die Energieversorgung für das Industrieland BRD würde dann auf dem vom Wetter abhängigen Wind- und Solarstrom basieren. Wie dieser wetterabhängig schwankende Strom, der als Fakepower weder planbar noch regelbar ist, ein stabiles Stromnetz aufbauen soll, ist das Geheimnis der Gesetzgeber. Die Stabilisierung des Netzes mit grünem Wasserstoff ist eine Utopie. Die Kosten und die Energieverluste zur Erzeugung, Speicherung und Wiederverstromung von grünem Wasserstoff sind untragbar.

Die CO₂-Bepreisung treibt die Energiekosten kräftig in die Höhe. Emissionskosten von 10 Euro/Tonne CO₂ erhöhen die Gestehungskosten (Kosten ohne Gewinn) von Kraftwerkstrom um einen Cent/Kilowattstunde (ct/kWh). Das sind etwa 20 %. Treibstoffe werden rund 4 ct/Liter teurer (2,5 %). Bei Erdgas sind es 0,3 ct/kWh (3,5 %). Die Basis für die Prozentangaben von Treibstoff und Erdgas sind die Endpreise, die der Verbraucher bezahlt. Die grüne Bundesregierung plant steigende CO₂-Abgaben bis zu 300 Euro/Tonne. Jeder mag selbst ausrechnen, welche Preise er dann zahlen muss. Hinzu kommt immer noch die Mehrwertsteuer.

„Experten“ glauben, mit einer Abscheidung von CO₂ und Verpressung in tiefen Erdschichten könne Strom aus Kraftwerken mit Kohlenwasserstoffbrennstoffen wieder billiger werden, denn dann würden keine CO₂-Emissionskosten anfallen. Doch das entpuppt sich bei näherer Betrachtung als Unsinn. Der Energieaufwand für die Abscheidung aus dem Rauchgas, die Verflüssigung, der Transport und die Verpressung verbrauchen rund 50 % der Kraftwerksleistung. Diese Idee erfordert die doppelte Kraftwerkskapazität und den doppelten Brennstoffeinsatz. Energie wird im großen Stil vergeudet.

Der zuständige Bundeswirtschaftsminister Habeck will an der steigenden CO₂-Bepreisung festhalten. Die Einnahmen im zweistelligen Milliardenbereich sollen in den Klima- und Energiefonds fließen, der seinem Ministerium zugeordnet ist. Aus diesem Fonds werden die Subventionen für Fakepower und viele Programme zur Durchsetzung der Energiewende bezahlt. Insgesamt stehen über 50 Milliarden jährlich zur Verfügung.

Steigende Stromverluste durch die Energiewende

Die immer teurer werdende Energiewende wird mit immer mehr Energieverlusten weitergetrieben. Von Energieeffizienz kann keine Rede sein. Mit dem Bau weiterer Fakepower-Anlagen gibt es bei Starkwind und Sonnenschein immer häufiger Strom über den Bedarf hinaus. Um das Netz stabil zu halten, muss der überschüssige Strom kostenpflichtig zu negativen Börsenpreisen exportiert werden. In 2023 war das nach einer Aufstellung von Rolf Schuster, Vernunftkraft, bereits mehr als 190 Stunden der Fall. Die Exportkosten liegen deutlich über 100 Millionen Euro. Auch der unbrauchbare Überschussstrom trägt zur Steigerung der Stromkosten bei.

Politische Entscheidungen verdoppeln Stromkosten

Der größte Teil der Energiekosten sind staatliche Abgaben und Energieverluste. Neben direkten Steuern sind es vor allem die Subventionen zur Stützung und zum Vorantreiben der Energiewende. Die Energiewende ist der Hauptkostentreiber. Ohne sie würden die Kosten mehr als halbiert, die BRD wäre wieder weltweit wettbewerbsfähig. Doch noch immer meint die Mehrheit der Deutschen laut Medienberichten, die Energiewende sei zur Weltklimarettung notwendig. Die Profiteure der Energiewende haben gut gearbeitet. Mit Indoktrination und Schüren der Angst vor einem Weltuntergang wird kritisches Denken verhindert. So kann weiter abkassiert werden.

NAEB-Forderung an die Politik zur Energieversorgung

- 1. Fakepower stoppen (Solarstrom, Windstrom, Biogas), keine Börsenvermarktung, kein EEG
- 2. RU-Energieversorgung wieder herstellen, weiterhin Erdgas- statt Wasserstoffwirtschaft
- 3. Kohle-KW Stopp beenden und KW ausbauen, heimische Förderung (BK- und StK) forcieren/reaktivieren
- 4. CO₂-Abgabe beenden, ETS/nEHS/KTF auflösen - Klima- und Transformationsfonds" (KTF)
- 5. GEG stoppen, statt Wärmepumpenpflicht 3. Wärmeschutzverordnung (1995, Kamin ~ Sicherheit)
- 6. E-Fuels stoppen, Elektromobilität nur für Nahverkehr propagieren

Begriffe: WSV ~ Wärmeschutz-Verordnung, KW ~ Kraftwerk, StK ~ Steinkohle, GEG ~ Gebäude Energiegesetz (mit Irrweg Dämmpflicht-Wärmepumpe), ETS Emission Trading System, nEHS nationales Emissionshandels-System

Zukünftig, wenn Existenz gesichert (derzeit kontraproduktiv wegen Verzettelungsgefahr):

- - Kernkraft-Werke
- - Fracking + Horizontal-Drilling Technologie für heimisches Gas

Prof. Dr.-Ing. Hans-Günter Appel
Pressesprecher NAEB e.V. Stromverbraucherschutz

www.NAEB.de und www.NAEB.tv

[1] Bildquelle: StockKosh-Advertisement-33

[2] <https://www.naeb.info/Beitritt.htm>

Vereinsinformation

Elektrischer Strom ist nach den Personalkosten von Unternehmen ein ebenfalls großer Kostenbestandteil der deutschen Volkswirtschaft. Das EEG-Gesetz zur Einspeisung erneuerbarer Energien hat die direkten und indirekten Stromkosten wesentlich erhöht. Strom aus Windenergie oder Voltaik ins Strom-Netz einzuspeisen, ist physikalisch und wirtschaftlich unsinnig. Die Netzstabilität leidet dramatisch, und eine finanzielle Umverteilung auf Kosten von Stromkunden findet zugunsten der Renditen für Investitionen in Windkraftwerke und Voltaik statt. NAEB e.V. klärt über die per Gesetz geschaffenen Strukturen auf.

Vereinskontakt

Hans-Günter Appel
NAEB Stromverbraucherschutz e.V.
Forststr. 15
14163 Berlin
Fon 05241 70 2908
Fax 05241 70 2909
Hans-Guenter.Appel at NAEB.info
www.NAEB.info

Pressekontakt

Hans Kolpak
NAEB Stromverbraucherschutz e.V.
Forststr. 15
14163 Berlin
Fon 05241 70 2908
Hans.Kolpak at NAEB.info
www.NAEB.tv

